



Hauptausschuss (16.) und Wissenschaftsausschuss (14.) (zu TOP 1)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

3. Mai 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Nordrhein-Westfälisches Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz EU - NRWDSAnpUG-EU)**

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/1981
APr 17/249

Der Wissenschaftsausschuss beschließt einstimmig, den Antrag ohne Votum zu schieben.

Der Hauptausschuss nimmt Gesetzentwurf 17/1981 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und AfD an.

Hauptausschuss (16.)

03.05.2018

Wissenschaftsausschuss (14.) (zu TOP 1)

Sm

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

**2 Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes –
Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum
Verfassungsgerichtshof 14**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2122

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig eine nachrichtliche Beteiligung.

3 Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen 15

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2058

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig eine nachrichtliche Beteiligung.

4 Verschiedenes 16

a) Vertraulicher Vorgang zur Beschäftigung eines Aussiedlerbeauftragten der Landesregierung auf Honorarbasis

b) Ausschussreise nach Kopenhagen

* * *

Hauptausschuss (16.)

03.05.2018

Wissenschaftsausschuss (14.) (zu TOP 1)

Sm

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

2 **Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes – Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2122

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk weist darauf hin, dass der Gesetzentwurf vom Plenum federführend an den Rechtsausschuss und beratend an den Hauptausschuss überwiesen worden sei. Der Rechtsausschuss habe beschlossen, am 30. Mai 2018 eine Beratung durchzuführen.

Heute könne ein Verfahrensbeschluss getroffen werden. Es bestehe die Möglichkeit, sich nachrichtlich zu beteiligen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) hätte es spannend gefunden, sich pflichtig zu beteiligen, da die Materie vertraut und höchst interessant sei. Falls die anderen Mitglieder des Hauptausschusses sich jedoch zeitlich überfordert sähen, könne man sich auf nachrichtliche Beteiligung einigen.

Der Hauptausschuss beschließt eine nachrichtliche Beteiligung.

